Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4487
08. 05. 89

Sachgebiet 780

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Susset, Michels, Eigen, Bayha, Carstensen (Nordstrand), Herkenrath, Kalb, Kroll-Schlüter, Niegel, Sauter (Epfendorf), Schartz (Trier), Freiherr von Schorlemer, Borchert, Fellner, Fuchtel, Funk (Gutenzell), Freiherr Heereman von Zuydtwyck, Dr. Kunz (Weiden), Link (Diepholz), Dr. Meyer zu Bentrup, Dr. Rüttgers, Scheu, Schmitz (Baesweiler), Frau Will-Feld und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Paintner, Heinrich, Bredehorn und der Fraktion der FDP

zum Agrarbericht 1989

Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

— Drucksachen 11/3968, 11/3969 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß

   — die Einkommenslage in der Landwirtschaft nach wie vor unbefriedigend ist, weil die Einkommen – trotz vorausgeschätztem Anstieg der Gewinne für das laufende Wirtschaftsjahr – u. a. wegen der Einbußen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1987/88 auf dem niedrigen Niveau von 1975 stagnieren;

   — die Einkommen der Marktfrucht- und Veredlungsbetriebe 1987/88 drastisch zurückgegangen sind, wohingegen Dauerkultur- und Futterbaubetriebe besser abgeschnitten haben;

   — die Einkommensdisparität zwischen der Landwirtschaft und außerlandwirtschaftlichen Sektoren auf 37 Prozent angestiegen ist;

   — die nationalen einkommensstützenden Maßnahmen aufgrund erheblichen Einsatzes der Bundesregierung in Brüssel konsequent verstärkt worden sind und sich dadurch zu einem derzeit unverzichtbaren Element der landwirtschaftlichen Einkommen entwickelt haben.

2. Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß

   - es der Bundesregierung im Rahmen der Gipfelbeschlüsse des Europäischen Rates vom 11./12. Februar 1988 gelungen ist, die einseitig auf Preissenkungen ausgerichteten Reformbestrebungen der EG-Kommission durch Einführung direkt mengenbegrenzender Maßnahmen zu entschärfen;
   - die Bundesregierung in Brüssel im Rindfleischsektor eine erhebliche Ausweitung der direkt einkommenswirksamen Prämienregelung durchgesetzt hat;
   - die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt der Einführung des soziostrukturellen Einkommensausgleichs vorgelegt hat;
   - das Flächenstillegungsprogramm erfolgreich eingeführt worden ist und damit ein Beitrag zur Mengenbegrenzung und zur Umweltsicherung geleistet wird;
   - das Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit verabschiedet werden konnte und dadurch zur Erleichterung des Übergangs in den Ruhestand sowie zur Marktentlastung einerseits und zur Strukturverbesserung andererseits beigetragen wird;
   - es der Bundesregierung im Rahmen der Preisverhandlungen für 1989/90 gelungen ist, die Mitverantwortungsabgabe bei Milch in benachteiligten Gebieten abzuschaffen.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, daß

   - alle EG-Mitgliedstaaten umgehend einen gleichgewichtigen Beitrag zur Mengenrückführung durch Flächenstillegung, Extensivierung und Umstellung leisten und im Umfang ihrer Beteiligung von der Mitverantwortungsabgabe (MVA) befreit werden;
   - in Brüssel Maßnahmen für die Mehrverwendung von Getreide im Futtersektor beschlossen werden;
   - umgehend das Erstattungsverfahren im Rahmen der MVA bei Getreide in der verwaltungsmäßigen Abwicklung vereinfacht wird;
   - bei den GATT-Verhandlungen die Maßnahmen der Marktentlastung in der EG als Beitrag zur Entlastung der Weltagrarmärkte anerkannt und nicht durch vermehrte Futtermittelimporte (Substitute) unterlaufen werden;
   - die EG einen Vorschlag für den verstärkten Einsatz nachwachsender Rohstoffe vorlegt;
   - baldmöglichst der nationale Referenzmengenüberhang bei Milch (Bauchladen) abgebaut wird, um eine Saldierung von Unter- und Überlieferungen sowie insgesamt eine größere Flexibilität bei der Durchführung der Garantiemengenregelung zu ermöglichen;

– die restliche Mitverantwortungsabgabe bei Milch im Hinblick auf die erreichte Stabilisierung des Milchmarktes abgeschafft wird;

– die qualitativ hochwertigen Milch- und Fleischerzeugnisse durch eindeutige Kennzeichnung von Imitationsprodukten abgegrenzt werden können;

– das Vertrauen des Verbrauchers in die hohe Qualität deutscher Nahrungsmittel durch mehr Aufklärung gestärkt wird;

– zugunsten einer Gesamtpolitik für den ländlichen Raum Agrarpolitik und andere Politikbereiche besser koordiniert werden;

– die Mittel des EG-Regional- und Strukturfonds stärker für die Schaffung von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen in ländlichen Regionen verwendet werden;

– angesichts der wachsenden Anforderungen an den Landwirt als Unternehmer die betriebswirtschaftlichen Entscheidungsgrundlagen u. a. über Anreize zur Buchführung verbessert und Voraussetzungen für einen breiteren Einsatz der modernen Informations- und Kommunikationstechniken in landwirtschaftlichen Betrieben geschaffen werden;

– betriebswirtschaftlich sinnvolle Kooperationen durch geeignete Rahmenbedingungen erleichtert werden.

4. Der Deutsche Bundestag bestärkt die Bundesregierung in ihren Bemühungen,

– die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt zu stärken;

– das Währungsausgleichssystem solange beizubehalten, wie es keine einheitliche Wirtschafts- und Währungspolitik gibt sowie Wechselkursänderungen in der EG zu vermeiden;

– gleiche Wettbewerbsbedingungen in der EG für die Landwirtschaft zu schaffen, vor allem durch Harmonisierung im Umwelt-, Tierschutz- sowie Lebensmittelrecht auf möglichst hohem Niveau (Mindeststandards);

– die Voraussetzungen für die Honorierung besonderer ökologischer Leistungen der Landwirtschaft zu schaffen;

– die Förderung im Bereich des sozialen Sicherungssystems stärker an der Einkommenslage der Landwirte auszurichten;

– Lösungsansätze für die Entschädigung umweltbedingter Waldschäden zu entwickeln und umzusetzen;

– sich innerhalb und außerhalb der EG für Maßnahmen zum Abbau der Verschmutzung der Nord- und Ostsee einzusetzen, auch um die Existenzgrundlage der Fischwirtschaft zu sichern.

Bonn, den 8. Mai 1989

Susset
Michels
Eigen
Bayha
Carstensen (Nordstrand)
Herkenrath
Kalb
Kroll-Schlüter
Niegel
Sauter (Epfendorf)
Schartz (Trier)
Freiherr von Schorlemer
Borchert
Fellner
Fuchtel
Funk (Gutenzell)
Freiherr Heereman von Zuydtwyck
Dr. Kunz (Weiden)
Link (Diepholz)
Dr. Meyer zu Bentrup
Dr. Rüttgers
Scheu
Schmitz (Baesweiler)
Frau Will-Feld
Austermann
Börnsen (Bönstrup)
Frau Dempwolf
Dörflinger
Doss
Ganz (St. Wendel)
Gerstein
Dr. Götz
Hedrich
Hinsken
Dr. Jobst
Dr.-Ing. Kansy
Frau Limbach
Lintner
Louven
Lowack
Maaß
Magin
Marschewski
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Nelle
Dr. Olderog
Oswald
Pesch
Rossmanith
Ruf
Sauer (Salzgitter)
Schemken
von Schmude
Schreiber
Dr. Schroeder (Freiburg)
Schulze (Berlin)
Schwarz
Spilker
Dr. Stark (Nürtingen)
Graf von Waldburg-Zeil
Weiß (Kaiserslautern)
Frau Dr. Wisniewski
Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Paintner
Heinrich
Bredehorn
Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333